

II- 6 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 29. April 1970 No. 6/J

A n f r a g e

Anton
der Abgeordneten *✓* SCHLAGER, STAUDINGER, MOSER, Dr. PRADER
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend die Erklärung der Bundesregierung im Nationalrat
am 27. April 1970.

Der Präsident des Kriegsofferverbandes Friedrich KARRER
hat dem Parlamentsklub die Abschrift eines Telegramms über-
mittelt, das er am 28. April 1970 an den Herrn Bundeskanzler
gerichtet hat und das folgenden Wortlaut hat:

"Aus ganz Österreich wird aus Kreisen der Kriegs-
opfer der Zentralorganisation gegenüber laufend
tiefe Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, daß im
Gegensatz zu allen früheren Regierungserklärungen
mit keinem Wort die dringendsten Probleme der Kriegs-
opfer auf dem Gebiete der Kriegsofferversorgung
und des Sozialversicherungsrechtes Erwähnung gefunden
haben. Wie wohl Vizekanzler Ing. Häuser auf der Tagung
der Zentralorganisation am 25. April 1970 erklärt
hat, daß er für die im Rahmen des Forderungsprogramms
der Zentralorganisation vorgebrachten Wünsche der
Kriegsofferverorgung volles Verständnis hat und er sich nach
Prüfung der gegebenen finanziellen Möglichkeiten in
deren Rahmen für eine weitere Verbesserung der Kriegs-
opferversorgung einsetzen werde, hätten die österrei-
chischen Kriegsofferverorgung erwarten, daß dies auch in der Re-
gierungserklärung zum Ausdruck gebracht werden wird.
Die Forderungen der Kriegsofferverorgung sind nicht irgend-
welche Forderungen. Sie stellen einen echten Nachhol-
bedarf für die bisher im Schatten der Konjunktur lebenden
Kriegsofferverorgung dar. Im Namen der fast 300000 Kriegsofferverorgung
bitte ich Sie wenigstens in der Diskussion über die
Regierungserklärung im Nationalrat die Erklärung ab-
zugeben, daß die Bundesregierung das Reformprogramm
für die Kriegsofferversorgung als außer Streit stehend
betrachtet und selbstverständlich der Erfüllung dieses
Programms ein besonderes Augenmerk zuwenden werde. "

Auch die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei,
denen dieser Mangel der Regierungserklärung aufgefallen ist,
haben gegen dieses Versäumnis protestiert.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
kanzler die

A n f r a g e :

- 1) Wurde die Erwähnung der berechtigten Forderungen in der
Regierungserklärung bewußt unterlassen, weil die Bundes-
regierung an einer Weiterentwicklung des Versorgungs-
rechtes für die Kriegsofferverorgung desinteressiert ist,
- 2) wenn nein, sind Sie, Herr Bundeskanzler, bereit,
zu diesem Thema eine Erklärung abzugeben?